ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Gabel, Rebecca; Potthoff, Jennifer

Research Report

Nachhaltigkeit steigt durch Freiheit statt durch Regulierung und Verbote

IW-Kurzbericht, No. 84/2024

Provided in Cooperation with:
German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Gabel, Rebecca; Potthoff, Jennifer (2024) : Nachhaltigkeit steigt durch Freiheit statt durch Regulierung und Verbote, IW-Kurzbericht, No. 84/2024, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/308131

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

IW-Kurzbericht Nr. 84/2024

Nachhaltigkeit steigt durch Freiheit statt durch Regulierung und Verbote

Rebecca Gabel / Jennifer Potthoff, 25.11.2024

Unternehmerische Freiheit ist ein wesentlicher Katalysator für innovative Ansätze zur Bewältigung ökologischer und sozialer Herausforderungen und zur Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs). Voraussetzung dafür ist ein verlässlicher Ordnungsrahmen mit stichprobenartigen Kontrollmaßnahmen und konsequenter Bestrafung – aber eben nicht umfangreicher Berichtspflichten und Regulierung für alle: Die 17 Nachhaltigkeitsziele werden besser in freiheitlichen Staaten als in regulierten und wirtschaftlich weniger erfolgreichen Staaten erreicht.

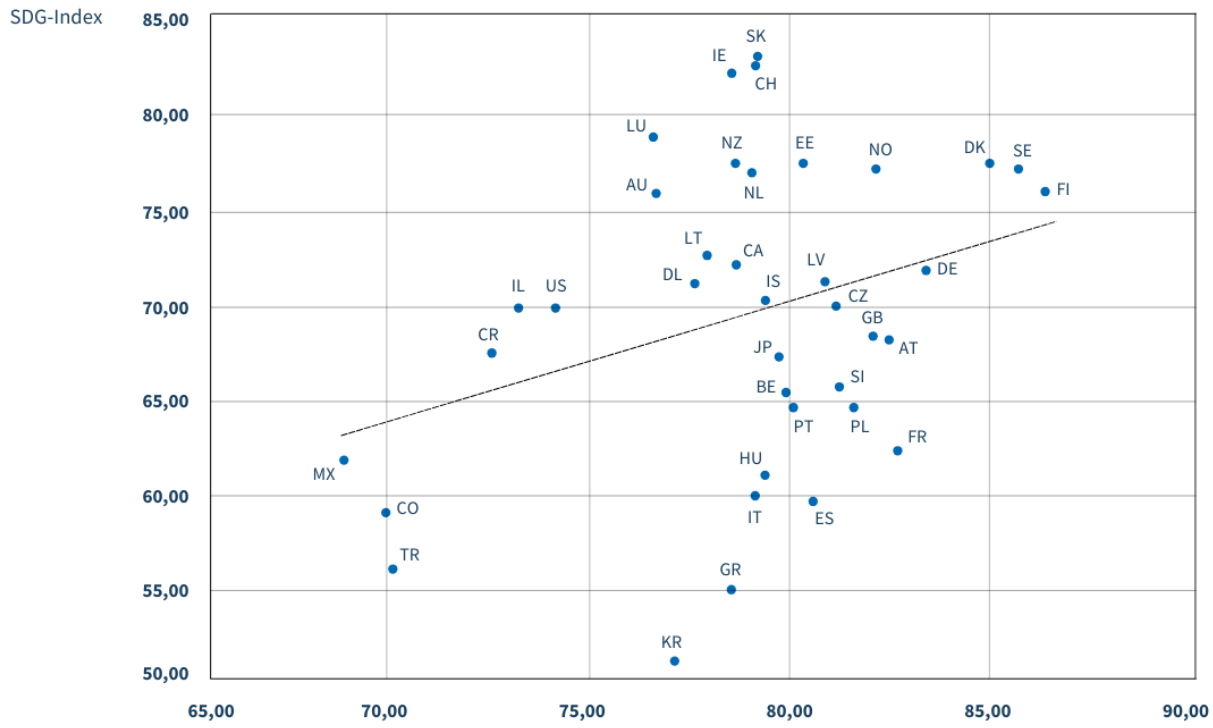
Nachhaltigkeit durch unternehmerische Verantwortung

Die Förderung nachhaltiger Entwicklung ist eine der größten Herausforderungen, vor denen Gesellschaft und Wirtschaft derzeit stehen. In diesem Kontext gewinnt die Diskussion um die richtige Balance zwischen Regulierung und unternehmerischer Freiheit zunehmend an Bedeutung. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck kritisierte jüngst die wachsende Bürokratie im Zusammenhang mit dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LksG) und forderte mehr unternehmerische Eigenverantwortung. Statt durch umfangreiche Berichtspflichten die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu torpedieren, solle ein flexibleres, auf klare Regeln gestütztes System nachhaltiges Wirtschaften fördern, ohne den Handlungsspielraum der Unternehmen einzuschränken (Olk/Müller, 2024). Diese Debatte rückt die Frage in den Fokus, wie eng wirtschaftliche Freiheit mit der Verwirklichung der nachhaltigen Entwicklungsziele verknüpft ist.

Die Sustainable Development Goals (SDGs) sind 17 globale Ziele mit 169 Unterzielen, die bis 2030 eine nachhaltige Entwicklung fördern sollen und die Dimensionen soziale, ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit umfassen. Reiche Länder werden im Hinblick auf die Zielerreichung immer mehr in die Pflicht genommen, durch finanzielle und technologische Unterstützung sowie verantwortungsvolle Wirtschaftsführung zur Erreichung der SDGs beizutragen.

Bei der Erreichung der UN-Nachhaltigkeitsziele spielen insbesondere Unternehmen eine zunehmend wichtige Rolle, da sie durch ihre Innovationskraft, Kreativität und Effizienz maßgeblich zur Entwicklung nachhaltiger Lösungen beitragen können. Von ihnen wird erwartet, dass sie verantwortungsvoll mit knappen Ressourcen umgehen, Kosten minimieren und gleichzeitig neue Wege finden, um ökologische und soziale Herausforderungen zu bewältigen. Damit Unternehmen dieses Po-

Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Freiheit und SDG-Erreichung



1) Index für wirtschaftliche Freiheit auf einer Skala von 0 (geringe Freiheit) bis 100 (hohe Freiheit)
2) SDG-Index auf einer Skala von 0 (schlechte SDG-Werte) bis 100 (sehr gute SDG-Werte)

Quellen: Eigene Berechnungen auf Basis von The Heritage Foundation, 2024; Sachs et al., 2024

tenzial voll ausschöpfen können, müssen jedoch die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Freiheit und Nachhaltigkeit = (k)ein Gegensatz?

Freiheit und Nachhaltigkeit werden häufig als Gegensätze gesehen: Nachhaltigkeit scheint Regeln und Einschränkungen zu verlangen, während wirtschaftliche Freiheit oft mit freiem, rein gewinnorientiertem Unternehmertum und vermeintlich nicht nachhaltigem Wachstum assoziiert wird. Doch bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass Freiheit, wenn sie von Verantwortung und klugen Rahmenbedingungen begleitet wird, ein wichtiger Treiber für nachhaltige Innovation sein kann. Statt im Widerspruch zu stehen, können Freiheit und Nachhaltigkeit zusammenwirken, um langfristige Lösungen für globale Herausforderungen zu entwickeln.

Dieser positive Zusammenhang wird durch die Korrelation des „Economic Freedom Index“ und des „SDG-Index“ deutlich (siehe Abbildung). Ersterer bewertet, inwieweit die wirtschaftlichen Institutionen und Rahmenbedingungen eines Landes die freie Entfaltung von Marktkräften unterstützen. Der SDG-Index hingegen misst, wie erfolgreich ein Land die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung umsetzt und Fortschritte in Bereichen wie Gesundheit, Bildung und Klimaschutz erzielt.

Die Trendlinie im Diagramm zeigt, dass es trotz Ausreißern einen allgemeinen Zusammenhang (r=0,34) gibt: Länder mit mehr wirtschaftlicher Freiheit neigen dazu, auch besser bei der Erreichung der SDGs abzuschneiden. Die einfache Korrelation kann dabei nicht die Ursachen aufzeigen, da viele Faktoren die Zielerreichung beeinflussen. Aber sie kann zum Umdenken anregen, wie bei Wirtschaftsminister Habeck bezüglich des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, wenn Regulierung zur Erreichung von Nachhaltigkeitszielen offensichtlich nicht förderlich ist. Das kann daran liegen, dass wirtschaftlich freiere Länder oft stabilere Institutionen, mehr Wachstums-, Innovations- und Investitionsmöglichkeiten haben, was es ihnen erleichtert, Ziele im Bereich der nachhaltigen Entwicklung in den Blick zu nehmen. Schweden (SE), Finnland (FI) und die Schweiz (CH) zeichnen sich sowohl durch eine hohe wirtschaftliche Freiheit als auch starke Nachhaltigkeitswerte aus. Die Türkei (TR) und Kolumbien (CO) hingegen weisen

sowohl niedrige Werte in der wirtschaftlichen Freiheit als auch beim SDG-Index auf. Deutschland (DE) befindet sich im oberen mittleren Bereich beider Achsen. Der Wert des SDG-Index liegt bei etwa 73, während Deutschland in Bezug auf wirtschaftliche Freiheit einen Wert von etwa 84 erreicht. Das deutet darauf hin, dass Deutschland sowohl in Bezug auf wirtschaftliche Freiheit als auch bei der Erreichung der Nachhaltigkeitsziele die beste, große Industrienation ist. Mit zusätzlicher Regulierung wäre dieser Spitzenplatz gefährdet.

Wenn Unternehmen die Freiheit haben, ihre Geschäftsmodelle weitestgehend selbst zu gestalten, sind sie besser in der Lage, kreativ zu sein, neue Technologien und umweltfreundliche Lösungen zu entwickeln. Denn diese Freiheit fördert den Wettbewerb, wodurch Unternehmen indirekt gezwungen werden, effizientere und nachhaltigere Praktiken zu implementieren, um sich von ihren Mitbewerbern abzuheben. Darüber hinaus ermöglicht unternehmerische Freiheit, dass Unternehmen freiwillige Initiativen ergreifen, die über gesetzliche Vorgaben hinausgehen, was zu einem positiven Unternehmensimage beiträgt, und die Kundenbindung fördert. Strenge Regelungen und zu viele staatliche Eingriffe, wie in einigen weniger freien Ländern, können hingegen zu langsameren Fortschritten bei der Erfüllung der SDGs führen. Außerdem werden Ressourcen gebunden und nicht in produktive Bereiche, sondern in Berichte investiert.

Mehr Nachhaltigkeit durch Freiheit und Haftung

Die Voraussetzung dafür, dass Freiheit zur Förderung von Wohlstand und Nachhaltigkeit beiträgt, ist jedoch ein verlässlicher Ordnungsrahmen. Ohne Eigentumsrechte, eine funktionierende Rechtsstaatlichkeit, eine zuverlässige öffentliche Infrastruktur, politische Stabilität sowie Anreize zur Vermeidung externer Effekte wie Luftverschmutzung werden (nachhaltige) Investitionen und unternehmerische Aktivitäten als risikobehaftet und unattraktiv wahrgenommen. Unter solchen Umständen neigen Unternehmen dazu, sich auf kurzfristige Rentabilität zu konzentrieren. Aus dem Grund beinhaltet der ausgewählte Freiheitsindex der Heritage Foundation (2024) nicht nur den Umfang und die Effizienz der Regulierung sowie die Offenheit der Märkte, sondern auch die Qualität des institutionellen Rahmens in Form der Rechtsstaatlichkeit (Eigentumsrechte, Integrität der Regierung, Wirksamkeit der Justiz).

Statt bürokratischer Berichtspflichten sollte die Regierung ein System gezielter Strafen für Unternehmen einführen, die entgegen den Prinzipen ökologischer oder sozialer Nachhaltigkeit agieren. Ganz analog zur Geschwindigkeitskontrolle beim Autofahren, wo auch nicht jeder Fahrer ständig Berichte über seine Geschwindigkeit führen muss, sondern nur bei Verstößen „geblitzt“ wird. Stichprobenkontrollen setzten ausreichende Anreize sich sozial und ökologisch an die Regeln zu halten – weil es sonst teuer wird. Außerdem ermöglichen stichprobenartige Kontrollen eine effizientere Ressourcennutzung im Vergleich zu umfassenden, regelmäßig geplanten Audits oder Berichtspflichten wie dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, die oft kostspielig und zeitaufwendig sowohl für die Prüfer als auch für die Geprüften sind. Stichprobekontrollen hingegen können gezielt an Gefahrenstellen durchgeführt werden, wo höhere Umwelt- und soziale Belastung drohen. „Schwarzen Schafe“ können identifiziert werden, ohne Unternehmen, die sich korrekt verhalten, durch bürokratieverursachten zeitlichen Mehraufwand zu belasten. Unternehmen können Ressourcen so in nachhaltige Produkte und Produktion investieren.

Literatur

The Heritage Foundation, 2024, Index of Economic Freedom, Index of Economic Freedom: Read the Report | The Heritage Foundation [18.10.2024]

Olk, Julian / Müller, Anna, 2024, Habeck will Lieferkettengesetz aussetzen, Wirtschaftspolitik: Habeck will Lieferkettengesetz aussetzen (handelsblatt.com) [18.10.2024]

Sachs, Jeffrey D. / Lafortune, Guillaume / Fuller, Grayson, 2024, The SDGs and the UN Summit of the Future. Sustainable Development Report 2024, Paris